



Antifaschistische Kundgebung in Ost-Berlin (1964): Jeder vierte Genosse ein Nazi

Zeitgeschichte

Für ehrliche Zusammenarbeit

Der letzte Mythos der DDR bröckelt: Das SED-Regime, angeblich antifaschistische Bastion, deckte Hunderte von NS-Verbrechern, um sie für seine eigenen Zwecke einzusetzen – etwa als Spitzel der Stasi.

Szenen, nicht aus Steven Spielbergs Film „Schindlers Liste“, sondern aus der Wirklichkeit des Konzentrationslagers Sachsenhausen: Ein Transport sowjetischer Kriegsgefangener ist im Lager angekommen, die Männer ziehen auf einem offenen Wagen schwerranke, entkräftete Kameraden hinter sich her. Wer noch laufen kann, schleppt sich in die Baracken der Strafkompagnie. Die übrigen werden gleich in den sogenannten Industriehof gebracht – zur Hinrichtungsstätte der SS.

Am Tor zwischen Lager und Industriehof stoßen KZ-Wächter die entkräfteten Menschen vom Wagen. Die mußten sich auf dem wochenlangen Weg ins KZ nur von Klee und roten Rüben ernähren, nun versuchen sie auf Händen und Füßen weiterzuroben. „Die SS-Blockführer Hempel, Bärwald, Knittler und Ficker standen dabei“ – so schildert es der Häftling Kurt Kunad später.

Die SS-Leute schlagen auf die Kriechenden ein, bis sie liegenbleiben. Die Toten werden anschließend auf den Wagen geworfen, ins Krematorium gefahren und verbrannt.

Einer der mutmaßlichen Täter lebt bis heute unbehelligt im Dresdner Stadtteil Blasewitz: Helmut Bärwald, 73, ist einer von zahlreichen in der DDR untergetauchten NS-Schergen. Er steht im Ver-

dacht, als Blockführer im KZ Sachsenhausen unmenschliche Verbrechen begangen zu haben. Sein Name steht seit Jahrzehnten auf den Fahndungslisten der Kölner Staatsanwaltschaft.

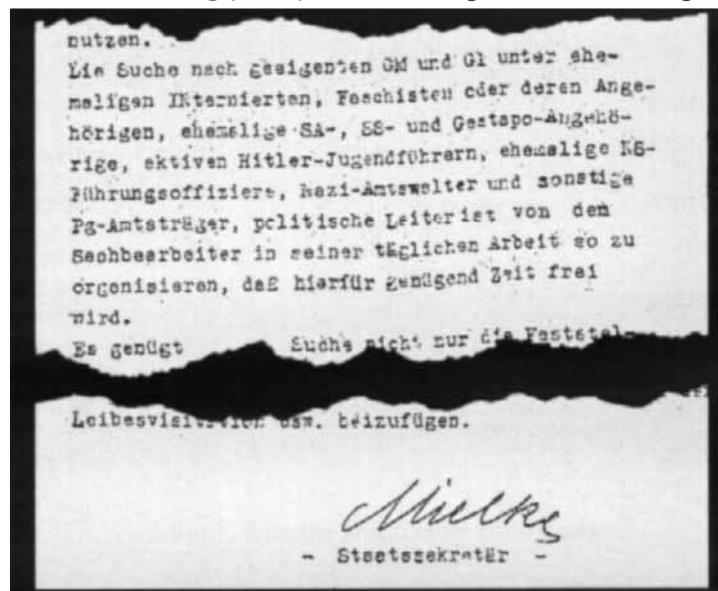
Doch das DDR-Regime hat den SS-Mann gedeckt – wie Hunderte von braunen Kriminellen. Ausgerechnet der SED-Staat, der sich vor aller Welt als antifaschistischer Saubermann stilisiert hat, nutzte nicht nur NS-Täter als willfährige Handlanger. Auch die rote Einheitspartei selbst war von braunen Ex-Kadern durchsetzt. Das Eigenlob vom besseren, weil antifaschistischen Deutschland, so belegen jetzt aufgefundene Unterlagen aus SED-Archiven und dem Fundus des Ost-Berliner Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), war eine der größten Propagandalügen der Deutschen Demokratischen Republik.

Über Bärwald wußte das MfS schon in den sechziger Jahren Belastendes: Sein Name findet sich auf einer Stasi-Liste mit den vom Westen gesuchten, in der DDR abgetauchten KZ-Wächtern aus Sachsenhausen, darunter der SS-Mann Hans Donner. Nach dem Unterscharführer fahndeten in den fünfziger Jahren nicht nur die Kölner Staatsanwaltschaften, sondern auch die Amerikaner. Er soll als Wachmann in Sachsenhausen Häftlinge erschossen haben. Donner starb 1973 – als Mitarbeiter der Stasi-Kreisdienststelle Altentrepow.

SS-Mann Bärwald wußte nicht, daß die Stasi über ihn bestens im Bilde war. Er hoffte, daß diese Zeit vergessen ist – bis ihn der SPIEGEL mit seiner Vergangenheit konfrontierte.

Unauffällig und zurückgezogen lebt der Mann in einem grauen Wohnblock aus den fünfziger Jahren in Dresden, Pantoffeln vor der Wohnungstür, handgeschnittenes Namensschild, eine Birkenwald-Idylle in Öl an der Flurwand. Er identifiziert sich selbst auf den Fotos der Fahndungslisten. „Unser Vati hat nichts gemacht. Du warst doch damals noch ganz jung!“ sagt seine Frau, die seit 1943

Mielke-Anweisung (1952), Mielke: Geeignete Personen zur geheimen Mitarbeit



mit Bärwald verheiratet ist.

1939, erzählt Bärwald, habe sein Vater zu ihm gesagt: „Junge, du mußt doch sowieso zur Armee, dann mach das doch gleich richtig.“ Damals war er 18. So sei er in die SS eingetreten. Im KZ aber war er angeblich nie: „Da war nichts, die Vorwürfe sind falsch“, beteuert er.

Doch im Berliner Document Center findet sich sein handgeschriebener Lebenslauf, den er im Dezember 1942 für das „Rasse- und Siedlungshauptamt“ fertigte, um heiraten zu können. Darin gibt Bärwald an, er sei 1940 Mitglied der Waffen-SS geworden und später an die Ostfront abkommandiert worden, 1942 aber, weil ihm die Füße erfroren waren, zur SS in Dachau versetzt worden.

Nach der Rückkehr aus amerikanischer Gefangenschaft ließ sich Bärwald 1946 in Dresden nieder – unter seinem Namen, obwohl er auf einer Liste gesuchter KZ-Schergen stand. 1968 sammelte das MfS, alarmiert durch eine Fahndungsliste aus dem Westen, Material über ihn. Die Rechercheure von der für nationalsozialistische Altlasten zuständigen Abteilung 11 der Hauptabteilung IX legten ehemaligen Sachsenhausen-Häftlingen Fotos vor, auf denen mehrere von ihnen Bärwald eindeutig identifizierten.

Etwa Heinz Jordan aus Eisenhüttenstadt. Bärwald, gab Jordan der Stasi zu Protokoll, habe sich „durch besondere Brutalität“ hervorgetan. Auch Kurt Kunad erkannte den SS-Mann „eindeutig“. Der Zeuge aus Neustrelitz hatte als Blockältester direkten Kontakt zu Bärwald.

Der SPIEGEL machte noch weitere Sachsenhausen-Häftlinge ausfindig, die sich an den SS-Mann Bärwald erinnern, darunter den 79-jährigen Heinz Junge aus Dortmund. Junge: „Der steht nicht umsonst auf den Fahndungslisten.“

Daß die Stasi Bärwald (Deckname: „Vollstrecker“) trotzdem unbehelligt ließ, hatte System: Dem Regime ging es nicht um Gerechtigkeit, die SED benutzte die NS-Täter lediglich für die eigenen Ziele: Viele setzte die Stasi mit ihrer Vergangenheit unter Druck, um sie als Spitzel und Handlanger gefügig zu machen, einigen wenigen machte die



Ehepaar Bärwald 1943



Ehepaar Bärwald 1994



Ex-Häftling Junge 1994

KZ-Wächter, KZ-Überlebender: Deckname „Vollstrecker“

DDR-Justiz demonstrativ den Prozeß, wenn es politisch opportun schien.

Es gab, so der Leitende Oberstaatsanwalt Alfred Streim von der Zentralen Ermittlungsstelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen in Ludwigsburg, eine „Liste von Kandidaten“, die „nach Bedarf“ abgearbeitet wurde. Bärwald gehörte zur stillen Reserve für alle Fälle.

Streim hat inzwischen aus den DDR-Akten die Erkenntnis gewonnen, daß „die Stasi Verfahren der DDR-Staatsanwaltschaft kurzerhand an sich gezogen und niedergeschlagen oder als Reaktion auf Nazi-Prozesse im Westen plötzlich Schauprozesse veranstaltet hat“. Bei diesen mit großem Propagandaaufwand inszenierten Prozessen seien härtere Urteile gesprochen worden als im Westen – Beleg für die antifaschistische Gesinnung der DDR.

1989 gab der DDR-Generalstaatsanwalt die Gesamtzahl der bis dahin in der DDR abgeurteilten NS-Verbrecher mit 12 881 an. In der Bundesrepublik lag die Vergleichszahl für denselben Zeitraum bei 6485.

Die Zahlen verfälschen jedoch die Wirklichkeit. In der DDR-Statistik sind rund 4000 Waldheim-Urteile aus den fünfziger Jahren enthalten, in denen meist nicht individuelle Schuld, sondern die Zugehörigkeit zu NS-Organisatio-

nen bestraft wurde. Viele Verfahren in der DDR waren zudem reine Entnazifizierungsvorgänge. Von 1951 bis 1989 wurden in der Bundesrepublik erheblich mehr Nazi- und Kriegsverbrecher verurteilt als in der DDR: 1257 gegenüber 734.

Die SED ging mit der nationalsozialistischen Erblast von Anfang an heuchlerisch um. Bereits 1952 erließ Erich Mielke, damals Staatssekretär im Ministerium für Staatssicherheit, die Richtlinie Nr. 21, in der er anordnete,

„ehemalige Offiziere und Unteroffiziere, ehemalige Gestapo-Angehörige, Abwehroffiziere“ als „geeignete Personen zur geheimen Mitarbeit“ anzuwerben – obwohl die DDR Hitlers Geheime Staatspolizei offiziell als „verbrecherisch“ eingestuft hatte.

Ein Jahr später befahl Mielkes Chef Ernst Wollweber „eine systematische Erfassung der ‚feindlichen Elemente‘ wie Offiziere, Funker, Fremdenlegionäre und aktive Faschisten mit dem Ziel, geeignete Geheime Mitarbeiter (GM) und Geheime Informatoren (GI) zu schaffen“.

In einer einzigen Abteilung der MfS-Bezirksverwaltung Leipzig arbeiteten laut Stasi-Akten „neun ehemalige Offiziere der faschistischen Armee, Angehörige der SS, der faschistischen Aufklärungs- und Abwehroorgane, fünf ehemalige Funktionäre der NSDAP und anderer faschistischer Organisationen“.

Aus dem Kreis der ehemaligen Gestapo-Leitstelle in Leipzig wurden acht Inoffizielle Mitarbeiter angeheuert, darunter zwei sogenannte V-Leute der Gestapo, Spitzel und Denunzianten, die Göring einst das „scharfe Instrument des NS-Staates“ genannt hatte. Vier weitere waren Vertrauensmänner des von Reinhard Heydrich geführten Sicherheitsdienstes – brauchbare Leute

für den Spitzeldienst des MfS, dieselbe Arbeit, nur rot statt braun.

Von den Braunen übernahm die MfS-Bezirksverwaltung Leipzig auch noch einen ehemaligen Offizier der berüchtigten Geheimen Feldpolizei der Wehrmacht. Der Mann war im SED-Regime in die Parteileitung eines Volkseigenen Betriebes aufgestiegen.

Die Stasi warb gezielt NS-Kriminelle an, die nach der Direktive Nr. 38 des Alliierten Kontrollrats vom Oktober 1946 als „Hauptschuldige“ eingestuft waren. In einem Rundschreiben an die Leipziger Kreisdienststellen gaben die MfS-Oberanweisung, einen möglichst großen Teil des betreffenden Personenkreises für „eine ehrliche Zusammenarbeit mit dem MfS zu erziehen oder aufgrund der Umstände zu zwingen“.

Die systematische Anwerbung ehemaliger Nazis durch das MfS läßt sich vielfach nachweisen. Typisch ist der Fall der ehemaligen Gestapo-Mitarbeiterin Hilda Zahn. „Ich halte eine Werbung für die zweckmäßigste Lösung. Wir hätten genügend Druckmittel, um die Z. zu einer äußerst aktiven Arbeit für uns zu zwingen“, vermerkt ein Hauptmann Krüger handschriftlich auf einem Bericht über die Sachbearbeiterin im DDR-Ministerium für Verkehr.

Zahn hatte in ihren DDR-Personalunterlagen die frühere Tätigkeit bei der Gestapo im tschechischen Troppau verschwiegen. Von den Kollegen der tschechoslowakischen Geheimpolizei bekam das MfS einen Tip.

Die Stasi lud die Frau vor und setzte sie unter Druck: Sie könne ihre Schuld

Zehn Kilometer Original-NS-Akten über Alt-Nazis

durch „aktive Unterstützung des MfS“ sünnen. Zahn unterschrieb eine Verpflichtungserklärung als Inoffizielle Mitarbeiterin (IM) und erklärte sich bereit, alle übertragenen Aufgaben „im Interesse der Sicherung der DDR“ zu erfüllen sowie „ehrlich Bericht“ zu erstatten.

Dieter Skiba, der letzte Chef der Stasi-Abteilung IX/11, behauptete nach der Wende, daß „niemand wegen seiner Nazi-Vergangenheit in der DDR erpreßt worden“ sei. Skiba wußte es besser. In seiner Diplomarbeit an der MfS-Hochschule in Potsdam hatte der Major 1980

referiert, daß die DDR schon 1956 vom KGB die Nazi-Akten der aus sowjetischen Lagern heimkehrenden Kriegsgefangenen übernommen hatte. Mit diesen Materialien wurden, so Skiba, Nazi-Belastete scharenweise für das MfS gefügig gemacht – nicht nur im Osten, sondern auch in Westdeutschland.

1968 ließ Mielke für die Alt-Nazis in Ost und West ein eigenes Stasi-Archiv einrichten. Dessen Aufgabe unter anderem: die in „Westdeutschland im Staats-, Wirtschafts- und Militärappa-



Sowjetische Kriegsgefangene in Sachsenhausen (1943)
Die Wächter blieben unbehelligt

rat sowie in Parteien und Organisationen tätigen und durch ihre faschistische Vergangenheit belasteten Personen noch zielgerichteter“ zu erfassen.

Das der Abteilung IX/11 unterstellte Archiv war nach Skibas Aussagen eine Art „Zentrales Fundbüro“ für alle in der DDR auf „Rieselfeldern, Dachböden und so weiter“ aufgestöberten NS-Akten.

Bis 1989 befand sich das Document Center des Ostens im Berliner Stadtteil Hohenschönhausen. Der Archivbestand umfaßte ungefähr zehn Kilometer Original-NS-Akten, darunter Unterlagen aus dem Reichssicherheitshauptamt, dem Volksgerichtshof, dem Reichsjustizministerium und Fundsachen aus der Stasi-Aktion „Licht“.

Anfang der sechziger Jahre hatte Mielke angeordnet, landesweit nach „unbekannten, nicht geöffneten und/oder verschütteten Tresoren, Safes, Panzerschränken und ähnlichen Anlagen in ehemaligen Bankgebäuden, ehemaligen kapitalistischen Warenhäusern, alten Burgen, Museen, Wohnsitzen ehemaliger Konzernherren, Faschisten und Kriegsverbrecher“ zu suchen. Die Aktion lief unter dem Codewort „Licht“.

Von den Schatzgräbern des MfS wurden sogar verschüttete Stollen, Ruinen

und alte Wehrmachtbunker entrümpelt. Offenbar mit Erfolg. Es seien, berichtete der inzwischen zum Minister aufgestiegene Mielke dem Politbüro stolz, sowohl „politisch-operativ auswertbare Dokumente als auch eine Vielzahl von Wertgegenständen sichergestellt“ worden.

Die gefundenen Nazi-Devotionalien wurden laut Stasi-Unterlagen an Sammler in Westdeutschland verscherbelt.

Für die westdeutschen Ermittler erweisen sich die Stasi-Archive als ergiebige Quelle: Immer wieder finden sich in den Akten fehlende Teile im Beweispuzzle gegen seit langem gesuchte nationalsozialistische Verbrecher.

Im November 1992 stießen die Fahnder auf einen besonders spektakulären Namen: den seit 1946 von der Uno-Kriegsverbrecherkommission wegen Mordes gesuchten 2. Lagerführer des KZ Buchenwald, Erich Gust.

Aufenthaltort und Aliasnamen (Franz Erich Giese) des SS-Obersturmbannführers waren der Stasi, wie aus den Unterlagen hervorgeht, seit Ende der sechziger Jahre bekannt. Doch Gust wurde über 20 Jahre hinweg von höchsten Partei- und MfS-Stellen gedeckt; er sollte, heißt es in seiner Stasi-Akte, „für operative Zwecke im Operationsgebiet genutzt werden“.

Gust betrieb im niedersächsischen Melle ein Prominentenlokal, den „Heimathof“, in dem auch Bonner Politiker, etwa Willy Brandt und Kai-Uwe von Hassel, verkehrten.

Jahrelang versuchte die Stasi, ein Foto von Gust mit von Hassel zu ergattern, mit dem sie den CDU-Mann bloßstellen wollte. Gleichzeitig beschuldigte die SED immer wieder die westdeutsche Justiz, sie unternehme nichts, um den SS-Mann Gust zu finden.

Die Akteneinsicht der Kölner Staatsanwälte kam zu spät: Gust starb 1992 unbehelligt von der deutsch-deutschen Justiz.

Die Archive der SED und des MfS geben ihre Geheimnisse nur langsam her – noch ist im Bewußtsein der Ostdeutschen der Mythos vom antifaschistischen Bollwerk DDR ungebrochen. Der aufrechte „Antifaschismus“ der SED gehört zu dem wenigen, das viele DDR-Bürger bis heute der ehemaligen Staatspartei gutschreiben.

Doch auch der Glaube an die saubere sozialistische Einheitspartei zerbröckelt vor den Akten. Innerhalb der Arbeiterpartei SED, sagt der Berliner Historiker Armin Mitter, 41, „gab es noch eine ande-

re Arbeiterpartei, deren beträchtliche Stärke bislang unbekannt war – die NSDAP“.

In der SED, so geht aus zahlreichen Parteidokumenten hervor, tummelten sich bis weit in die sechziger Jahre zahlreiche Alt-Nazis und braune Mitläufer. Laut einer parteiinternen Analyse von 1954 waren republikweit 25,8 Prozent der Mitglieder durch ihre NS-Vergangenheit belastet.

Im SED-Bezirk Magdeburg war jeder vierte, in den Bezirken Halle und Erfurt sogar jeder dritte Genosse ehemals Nazi gewesen. In einzelnen Parteiorganisationen stellten die Alt-Braunen laut SED-Statistik sogar mehr als 85 Prozent der Mitglieder.

Lokale, betriebliche und regionale SED-Leitungen waren in den Gründerjahren der DDR oft mehrheitlich mit alten Nazis besetzt. „Eine Überprüfung der Lage in den Grundorganisationen ergab, daß es gegenwärtig dort nicht möglich ist, andere Leitungen zu bilden“, heißt es in einem Untersuchungsbericht der Partei aus dem Jahre 1953.

Historiker Mitter: „Die NSDAP stellte geradezu ein Kaderreservoir dar.“ Hinter der antifaschistischen Fassade, so Mitters Fazit, wurden „in der DDR NS-Probleme letzten Endes kaum anders verdrängt als in der Bundesrepublik“.

Auch über die Präsenz von NS-Kadern in anderen gesellschaftlichen Bereichen führte die SED penibel Buch. Danach waren ehemalige Nationalsozialisten an den Unis, in den volkseigenen Konzernen, in den Betriebskampfgruppen und sogar in der Nationalen Volksarmee (NVA) bestens vertreten.

Stasi-Minister Wollweber meldete 1957 an den ZK-Sekretär Erich Honecker zur Lage der Betriebskampfgruppen: „Im VEB Warnow-Werft ist der Kommandeur einer Hundertschaft ein ehemaliger Obersturmführer der

Faschisten und Militaristen in den Chefetagen

SA. Im VEB Papierfabrik Lunzenau sind von 51 Kampfgruppenmitgliedern 10 ehemalige Mitglieder der NSDAP. Im VEB Industriewerk Ludwigsfelde gehören 9 ehemalige Mitglieder der NSDAP, 1 ehemaliges Mitglied der Waffen-SS der Kampfgruppe an. Die Kampfgruppe des VEB Reifenwerk Berlin besteht zu 60 % aus ehemaligen Nazis.“

Über das im Aufbau befindliche Kombinat „Schwarze Pumpe“ berichtet eine Brigade an das Zentralkomitee der SED im Mai 1958, daß „die Besetzung der Werkleitung und Abteilungsleiter im Werk“ eine „Konzentration ehemali-

ger NSDAP-Mitglieder“ darstelle.

Zur Lage im „Ernst-Thälmann-Werk Magdeburg“ vermeldet eine SED-interne Analyse 1953: „Hier erstreckt sich die ehemalige NSDAP-Zugehörigkeit auf alle einflußreichen Stellen des Betriebes, angefangen vom Werksdirektor, seinen Stellvertretern, den Direktoren, Assistenten, über den Dispatcher, Lohnbuchhalter und Oberbuchhalter bis zum Angestellten.“

In einer „Einschätzung über die gegenwärtige Lage der Partei“ von 1953 heißt es zusammenfassend: „Charakteristisch für die Großbetriebe ist die Konzentration ehemaliger Faschisten und Militaristen.“

Selbst in der NVA wimmelte es, nicht anders als in der Bundeswehr, in der Aufbauphase von Offizieren der Wehrmacht. Nach einer MfS-Statistik von 1957 waren von den 16 Spitzen-Generälen 5 ehemalige Wehrmachtsoffiziere, 3 hatten als Generäle bei Hitler gedient. Ein Viertel aller NVA-Obersten entstammte der NS-Armee.

Auch die Stasi bediente sich der Militärs des Dritten Reiches nach Gusto. Reinhold Tappert etwa, Offizier der „Leibstandarte-SS Adolf Hitler“, brachte es nicht nur in der NVA zum Divisionskommandeur. Das MfS verpflichtete den NVA-Oberst auch als IM – laut Stasi-Bericht spitzelte Tappert fürs MfS aus Überzeugung.

Wie skrupellos die SED vorging, wenn sie einen ihr nützlichen Nazi schützen wollte, belegt die Akte Reckzeh.

Der Arzt Paul Reckzeh, seit 1933 NSDAP-Mitglied, verriet während des Krieges Widerstandskämpfer an die Gestapo. Einige Mitglieder des sogenannten Solf-Kreises aus Berlin-Charlottenburg wurden gehängt.

1945 verhafteten die Sowjets Reckzeh. In Waldheim wurde er zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt, nach 2 Jahren aber begnadigt. 1952 ging Reckzeh – vermutlich als KGB-Mitarbeiter – nach West-Berlin. Dort machten ihn Angehörige der Opfer ausfindig. 1955 sollte Reckzeh in West-Berlin wegen Beihilfe

* In Berlin.



Ehemalige Sachsenhausen-Häftlinge*: Stasi wußte Bescheid



NS-Unterlagen der Stasi: Aktion „Licht“

zum Totschlag der Prozeß gemacht werden. Er floh in die DDR.

Jahrzehntlang arbeitete der Mediziner am Stadtrand von Ost-Berlin als Kreis- und Chefarzt. 1959 führte die Stasi ein „Kontaktgespräch“ mit ihm. Reckzeh erklärte sich zur regelmäßigen Zusammenarbeit bereit und betreute fortan Stasi-Mitarbeiter medizinisch.

1964 ermittelte das „Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer in der DDR“ den Aufenthaltsort Reckzehs. Das Komitee forderte vom Gesundheitsministerium ein Berufsverbot für den Nazi-Denunzianten. „Natürlich“, so die Widerstandskämpfer, „war uns die Agentenrolle dieses Reckzeh schon immer bewußt, wir rechneten ihn jedoch nicht mehr unter die Lebenden. Am wenigsten dachten wir an die Möglichkeit, daß er sich in der DDR befinden könnte.“ Die Stasi führte mit den Protestanten mehrere „Aussprachen“, dann war Ruhe.

Reckzeh, 80, lebt heute als Rentner in Hamburg. Seine Denunziation ist verjährt. Der Dresdner SS-Mann Helmut Bärwald ist schlechter dran: Gegen ihn ermittelt jetzt die Kölner Staatsanwaltschaft wegen der ihm von Häftlingen vorgeworfenen Verbrechen im KZ Sachsenhausen – gestützt auf das Beweismaterial aus den Archiven des Ministeriums für Staatssicherheit. □